

Für die – wie auch immer geartete – nächste Bundesregierung ist die wirtschaftliche Ausgangslage glänzend. Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Wirtschaft wächst, die Steuereinnahmen sprudeln, der

Staat erzielt Überschüsse. Was muss die neue Koalition ökonomisch anpacken? Investieren müsse sie, sagen fast einhellig jene Wirtschaftsforscher, die die Badische Zeitung gefragt hat. Aber wo?



Oliver Landmann ist Wirtschaftsprofessor in Freiburg.

Lars Feld, Freiburger Wirtschaftsprofessor und Wirtschaftsweiser

Ronald Schettkat, Ökonom, Bergische Universität Wuppertal

Günther Schulze ist Wirtschaftsprofessor in Freiburg.

FOTOS: DPA/PRIVATE (2)/GHAZII/STOCK.ADOBE.COM/THOMAS KUNST (1)

„Deutschland hat zu viel gespart“

Das Gros der hier befragten Volkswirte spricht sich für höhere Staatsausgaben aus / Lars Feld will lieber Schulden abbauen und Steuern senken / Aufgezeichnet von Jörg Buteweg

Wie sich die nächste Bundesregierung zusammensetzt, ist noch unklar, was sie anpacken muss, steht für die vier Wirtschaftsexperten außer Frage – die Bildungsfrage.

OLIVER LANDMANN

„In drei Bereichen muss etwas passieren.“

Arbeitsmarkt: Die Massenarbeitslosigkeit ist so gut wie besiegt. Es droht ein verschärfter Mangel an Arbeitskräften. Viele Erwerbstätige gehen bald in Rente, junge Jahrgänge sind schwächer besetzt. Noch verhindern zu viele Fehlanreize eine höhere Erwerbsbeteiligung. Auch muss der Übergang von Minijobs und prekärer Beschäftigung in sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten erleichtert werden, indem die Abgabenlast im Tieflohnssektor sinkt. Deutschland braucht zudem ein Einwanderungsgesetz. Dann kann man trennen zwischen der Flüchtlingsfrage – das ist ein humanitäres Thema – und der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, die in ihrer Zusammensetzung konsequent am Bedarf der Wirtschaft ausgerichtet werden sollte.

Investitionen: Deutschland hat Nachholbedarf bei den privaten und öffentlichen Investitionen. Das Land ist stolz auf seine Überschüsse: Exportüberschuss, Haushaltsüberschuss. Es wird viel gespart, wenig investiert. Was bringt das? Wenn das Wachstum längerfristig Bestand haben und neue Technologien ge-

nutzt werden sollen, sind mehr Investitionen nötig, auch in die Bildung.

Europapolitik: In Deutschland gibt es eine instinktive Abwehrhaltung gegen die Visionen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Man fürchtet, es werde den Deutschen in die Tasche gegriffen. Aber dort, wo Europa Probleme nur gemeinschaftlich lösen kann – Flüchtlingspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Bankenstabilität – geht es nicht ganz ohne Budget. Der neuen Regierung ist zu wünschen, dass sie an diese Fragen nicht mit ideologischen Tabus, sondern lösungsorientiert herangeht.“

LARS FELD

„Der Wahlerfolg der AfD ist ein Weckruf, in der Flüchtlingspolitik Nägel mit Köpfen zu machen. Im Wirtschaftsbereich ist die Herausforderung, die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt voranzubringen. Ohne Sprachkenntnisse geht gar nichts, dann geht es um die Ausbildung. Die Firmen brauchen Fachkräfte, nicht Hilfskräfte.“

Digitalisierung: Die Debatte um den Ausbau geht am Problem vorbei. Es kommt nicht auf die Kilometer an verlegten Glasfaserleitungen an, sondern darauf, was man daraus macht. Da hat Deutschland große Rückstände in der öffentlichen Verwaltung und im Gesundheitswesen. Sogar innerhalb von Krankenhäusern hapert es an der Vernetzung. Die Debatte um den Fahrdienstleister

Uber hat gezeigt, dass neue Angebote oft an Gesetzen scheitern, die für eine andere Zeit gemacht wurden.

Finanzpolitik: Der Schuldenabbau hat für mich weiter Vorrang, denn wir haben Bundesländer und Kommunen, die finanziell ganz schlecht dastehen. Daneben halte ich eine Steuersenkung für sinnvoll. Da man dazu die SPD braucht, die im Bundesrat eine große Rolle spielt, kann ich mir eine Entlastung um 15 Milliarden Euro im Jahr vorstellen, allzu große Ambitionen hat ja auch die CDU auf diesem Feld nicht.

Europapolitik: Den Eurofinanzminister mit eigenem Haushalt, den der französische Präsident Macron vorgeschlagen hat, wird es nicht geben. Das macht keine deutsche Regierung, egal, welche Koalition sich zusammenfindet. Ich glaube aber, dass es in Europa Fortschritte geben kann, ohne eine neue Fiskalkapazität zu schaffen.“

GÜNTHER SCHULZE

„Die Wirtschaftspolitik muss drei große Felder beackern.“

Investitionen: Schulen und Universitäten sind besser geworden, aber verglichen etwa mit Südkorea oder den besten Einrichtungen in den USA fallen unsere Unis ab. In die Bildung muss viel mehr Geld gesteckt werden, ebenso in die digitale Infrastruktur. Dazu gehört für mich auch eine intelligente Regulierung der großen Internetfirmen, sodass Google,

Amazon, Facebook & Co auch bei uns Steuern zahlen. Ich halte die Verkehrspolitik für ein Feld, das besondere Aufmerksamkeit verlangt. Viele Städte wachsen, Wohnraum ist knapp, die Mieten steigen, auf den Straßen herrscht Stau, die Umweltbelastung ist hoch. Wir benötigen einen viel besseren öffentlichen Verkehr und eine klügere Vernetzung von privaten und öffentlichen Angeboten, damit Erwerbstätige schnell, komfortabel und ressourcenschonend vom Wohnort zum Arbeitsplatz kommen.

Integration der Flüchtlinge: Flüchtlinge müssen Deutsch lernen, damit sie zur Schule gehen und eine Ausbildung machen können, kurz: Sie müssen in die Lage versetzt werden, teilzuhaben. Ein freundliches, weltoffenes Deutschland setzt voraus, dass wir die Flüchtlinge aktiv integrieren. Aber diejenigen, die fundamental Widerstand leisten gegen die hier geltenden Regeln, müssen das Land verlassen.

Europapolitik: Die Vorschläge des französischen Präsidenten Macron sind politisch clever, aber ökonomisch nicht zielführend. Sie setzen keine Anreize für eine solide nationale Wirtschaftspolitik. Die einzelnen Staaten müssen ihre eigenen Hausaufgaben machen.“

RONALD SCHETTKAT

„Deutschland hat in der Vergangenheit zu viel gespart. Der Außenhandelsüberschuss von acht Prozent des Bruttoin-

landsprodukts ist ja Wirtschaftsleistung, die wir nicht in Anspruch nehmen, sondern weggeben gegen Forderungen ans Ausland. Ob diese Forderungen rentabel sind, kann man bezweifeln. Das Geld wäre jedenfalls im Inland besser angelegt, wenn die öffentliche Hand in Infrastruktur, Glasfaser etc. investiert und damit auch private Investitionen anregt.“

Ich erhoffe mir jedenfalls von der nächsten Bundesregierung, dass sie sich von der Sparideologie verabschiedet und investiert. Das bei Weitem wichtigste Feld ist die Bildung. Damit meine ich neben der Sanierung maroder Bauten insbesondere auch kleinere Schulklassen, mehr Kindertagesstätten, an eine qualifizierte Betreuung an den Ganztagschulen. Alle Studien zeigen ja, dass Investitionen in frühkindliche Bildung den höchsten Ertrag bringen. Kostenlose Kitaplätze gehören für mich auch dazu. Die dort Beschäftigten müssen auch besser bezahlt werden, das gilt auch für die Pflegeberufe.

Für den Bildungsbereich sind ganz überwiegend Länder, Städte und Gemeinden verantwortlich. Die haben oft wenig Geld, da muss der Bund mit ran. Deswegen sollte das Kooperationsverbot abgeschafft werden, das den Bund hindert, in der Bildung tätig zu werden. Außerdem sollte die Schuldenbremse gekippt werden, wir sollten zu der Regel zurückkehren, dass die Neuverschuldung des Staates nicht höher sein darf als die Investitionen.“

„Entscheidend ist, wie wir Europa weiterentwickeln“

BZ-INTERVIEW mit dem Ökonomen und Wirtschaftsweisen Peter Bofinger / Der Würzburger sieht eine mögliche Regierung aus Union, FDP und Grünen kritisch

Der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger rät der neuen Regierung zu einer höheren Staatsverschuldung. Die Aussichten für eine Jamaika-Koalition sieht er skeptisch. Mit ihm sprach Hannes Koch.

BZ: Herr Bofinger, betrachten Sie eine mögliche Jamaika-Regierung aus Union, FDP und Grünen als Chance für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik?

Bofinger: Nein, ich bin skeptisch. Die entscheidende Herausforderung besteht ja darin, dass wir Europa weiterentwickeln. Und da sehe ich nicht, welche substanziellen Fortschritte mit der FDP möglich wären.

BZ: Die Grünen wollen mehr Zusammenarbeit in Europa und würden wohl mehr Geld nach Brüssel überweisen. An diesem Punkt ist die CDU zurückhaltend, die FDP lehnt Transfers ab. Aber immer-

hin sprechen sich auch die Liberalen dafür aus, die EU zu stärken.

Bofinger: Die Frage ist, was das heißt. Beispielsweise fordert die FDP einen Insolvenz-Mechanismus für Euro-Krisenstaaten. Alleine das halte ich für extrem gefährlich. Könnte FDP-Chef Christian Lindner sich mit solchen Positionen in den Koalitionsverhandlungen durchsetzen, unterminiert er die Ruhe und Stabilität auf den Finanzmärkten, die die Europäische Zentralbank inzwischen erreicht hat.

BZ: Eine Chance auf Einigung gäbe es aber bei der wirtschaftlichen Modernisierung. Gegen bessere Schulen und mehr schnelle Datenverbindungen hat ja keine



Peter Bofinger

der Parteien etwas einzuwenden.

Bofinger: Grundsätzlich kann man sich bei diesem Thema leicht verständigen. Aber da sehe ich ein Grundproblem: Wie viel Geld legt man für Investitionen und Bildung konkret auf den Tisch? Weniger als nötig, befürchte ich. Keine der Parteien will den Spielraum für Neuverschuldung ausschöpfen oder gar die Schuldenbremse in Frage stellen.

BZ: Die Schuldenbremse gilt seit 2011. Der Bund darf jährlich höchstens neue Kredite von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufnehmen. Den Bundesländern sind rote Zahlen ab 2020 verboten. Finden Sie das schlecht?

Bofinger: Ich fände es besser, eine sinkende Schuldenstandsquote und ausreichende Investitionen in Einklang zu bringen. Wenn das nominale BIP in den kommenden Jahren wie prognostiziert um drei Prozent wächst, könnte sich der Bundesfinanzminister beispielsweise ein Prozent Neuverschuldung leisten. Die Staatsverschuldung nähme dann trotzdem um knapp einen Prozentpunkt im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung ab. Bund, Länder und Gemeinden hätten aber jährlich rund 30 Milliarden Euro mehr zur Verfügung, um wichtige Zukunftsinvestitionen zu finanzieren: Forschung und Entwicklung zu fördern, Bahnlinien zu bauen, Brücken zu reparieren, Datenleitungen zu legen und die Länder zu unterstützen, mehr Lehrer einzustellen.

BZ: Sie plädieren dafür, die Schuldenbremse zu revidieren?

Bofinger: Erstens sollte die Bundesregierung ihren grundgesetzlichen Spielraum ausschöpfen und Kredite in Höhe von 0,35 Prozent des BIP aufnehmen. Das wären schon mal zehn Milliarden Euro zusätzlich. Zweitens halte ich eine gesamtstaatliche Neuverschuldung von einem Prozent für angebracht. Und ja, dafür müsste man die Schuldenbremse lockern. Wir brauchen großflächige Investitionen auf kommunaler Ebene, um den Bürgern zu verdeutlichen, dass sie von der Politik richtig wahrgenommen werden. Das sollten wir seit dem vergangenen Sonntag verstanden haben.

Peter Bofinger (Jahrgang 1954) ist Mitglied des Sachverständigenrates für Wirtschaft, der die Bundesregierung berät (sogenannte Fünf Weise). Er lehrt und forscht als Professor für Ökonomie an der Universität Würzburg.